



Betreuungsverein:

In 2014 erreichte uns die Nachricht der Hamburger Zentralisierungsgedanken der Betreuungsvereine. Der Bergedorfer Betreuungsverein unterstützt und berät hilfebedürftige Angehörige im Falle einer benötigten Vorsorgevollmacht und unterstützt die Betroffenen bei der Organisation der Beglaubigung.

Hiervon betroffenen Menschen sind meist mit der Situation an sich so massiv beschäftigt, dass ein wohnortnahes und gut erreichbares Hilfeangebot wohl mit die einzige Möglichkeit ist diese Menschen überhaupt zu erreichen.

Eine Zentralisierung einer solchen Anlaufstelle mit der dazugehörigen deutlichen Verlängerung des Anfahrtsweges wäre eine massive Verschlechterung für die betroffenen Angehörigen gewesen. Weiter hätte die Zentralisierung die Gefahr gehabt, dass deutlich weniger Bergedorferinnen und Bergedorfer diese wirklich zentrale Unterstützung im Alltag nicht wahrgenommen hätten.

Wir haben uns daher in sehr enger Zusammenarbeit mit dem Team des Bergedorfer Betreuungsvereins für die Zweigstelle in Bergedorf eingesetzt und dies auch mit großem Erfolg.

Barrierefreiheit

Nach dem Weihnachtsmarkt ist vor dem Weihnachtsmarkt. Mit den Erfahrungen des Weihnachtsmarktes aus 2016 haben wir uns gleich zu Beginn des Jahres 2017 mit der Situation rund um die Barrierefreiheit auf der Schlosswiese zu Zeiten des Weihnachtsmarktes auseinander gesetzt. Es befanden sich einige Stolpersteine auf der Schlosswiese, welche es Menschen mit Einschränkungen sehr schwer machte, den Besuch auf dem Weihnachtsmarkt zu genießen. Darunter fielen zum Beispiel die Kabelbrücken oder auch die Holzplanken vor den Weihnachtsbuden. Für Menschen mit Sehbehinderungen gab es keinerlei Orientierungspunkte und machte so den Besuch des Weihnachtsmarktes zu einem gefährlichen Unterfangen.

Auf unseren Antrag hin, hat sich das Bezirksamt mit dem Veranstalter und der Behinderten Arbeitsgemeinschaft Bergedorf (BAG) zusammengesetzt und mögliche Abhilfen besprochen. Als Ergebnis wurde z. B. vereinbart, dass es eine Rufnummer geben wird, an die sich betroffene Bergedorferinnen und Bergedorfer wenden können. Mit diesem Anruf wird dem Betroffenen dann über den Weihnachtsmarkt oder einzelnen Barrieren hinweg geholfen.

Übergewichtige Kinder

Die Zahl der extrem dicken Kinder und Jugendlicher hat sich in den letzten Jahrzehnten verzehnfacht (WHO)! Dabei liegt Bergedorf, festgestellt bei den Schuleingangsuntersuchungen, auf dem 3. Platz bzgl. des Anteils an adipösen Kindern und Jugendlichen in Hamburg.

Neben einer nicht ausgewogenen Ernährung, mangelt es an körperlicher Aktivität und dem Wissen über eine ausgewogene und „gute“ Ernährung auch bei den Eltern.

Im Raum Bergedorf stellten wir fest, dass es kein Versorgungsangebot im Bezug auf Aufklärung und Hilfe für die Betroffenen selbst und dessen Eltern gibt. Daher haben wir uns dafür eingesetzt, dass ein entsprechendes Angebot wohnortnah und vor allem kostengünstig organisiert wird.

Tagesaufenthaltsstätte für Obdachlose

Schon lange bemühen sich Kommunalpolitiker um einen Aufenthaltsraum mit Beratungsangebot für Obdachlose Bergedorferinnen und Bergedorfer. Immer wieder stellen verschiedenste beteiligte Träger fest, dass die Betroffenen den Weg zur nächst gelegenen Aufenthaltsstätte am Hauptbahnhof nicht schaffen. Sie scheitern schon daran, dass kein Geld für eine Fahrkarte

vorhanden ist. Wir haben uns dann an sehr kreativen Ideen versucht, um die Dringlichkeit dieser Einrichtung deutlich zu machen. Die Überlegungen gingen von einer möglichen Mitbenutzung der sanitären Anlagen des Männerwohnheims Achterdwar über Container auf der Baustelle am alten Lichtwarkhaus bis hin zu einem abgetrennten Bereich auf dem Frascatiplatz. Jede Idee ist jedoch aus verschiedensten Gründen als nicht umsetzbar gescheitert. Im Gespräch mit der Sozialsenatorin Leonhard wurde uns dann erneut mitgeteilt, dass für Bergedorf keine Tagesaufenthaltsstätte geplant sei. Der Bedarf sei durch die bereits vorhandenen Aufenthaltsstätten in Hamburg ausreichend gedeckt. Das Argument der weiten Wege und des Verlorengehens zwischen durch reicht nicht aus.

Dennoch fanden wir weitere Unterstützer des Vorhabens beim Runden Tisch Obdachlose. Dieser runde Tisch setzt sich aus verschiedenen Trägern, der Kirche und Politik zusammen. Es fanden bereits mehrere Treffen statt, bei denen verschiedenste Wege und Ideen besprochen wurden. Leider auch diese bisher ohne nennenswerten Erfolg.

Wir sind weiter an diesem Thema dran und hoffen darauf mit den nächsten Schritten Erfolge erzielen zu können.

Integration

Nachdem es uns vor der letzten BV Wahl gelungen ist die Stelle des Integrationsbeauftragten zu entfristen wollten wir die erfolgreich angelaufenen Projekte weiter fortsetzen u.a. die Bergedorfer Weltreise und den Dialog der Kulturen. Aus dem Dialog der Kulturen entstand die Idee zu der Bergedorfer Willkommenstour. Bei dieser Tour zeigen alteingesessene Bergedorfer mit Migrationshintergrund den neu zugezogenen BergedorferInnen die Stadt sowie wichtige Institutionen. Diese Touren haben über Bergedorf hinaus eine Strahlkraft entwickelt, dass sie auch in Harburg angeboten wurden. Das jüngste integrationspolitische Highlight ist die Ausstellung Hoffnungsträger - 10 Bergedorfer Fluchtwege. In dieser Ausstellung wurden 10 BergedorferInnen mit Fluchterfahrung porträtiert und interviewt. Die positiven Rückmeldungen führten dazu, dass der Wunsch entstand die Ausstellung im Hamburger Rathaus zu zeigen, um sie einem noch größeren Publikum zugänglich zu machen und noch mehr Empathie zu wecken.



Notfallpraxis und Sonderbedarf Gynäkologie

Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe hatte festgelegt, dass die regionalen KVen in die ambulante Notfallversorgung miteingebunden werden sollen. Vorausgegangen waren Meldungen von überfüllten Notfallaufnahmen in Krankenhäusern zum Teil mit Fällen für einen niedergelassenen Mediziner. Eine Möglichkeit die KV en besser miteinzubeziehen wären sogenannte Portalpraxen. Diese würden sich an einem Krankenhaus befinden und mit niedergelassenen Ärzten besetzt sein die entscheiden, ob der Patient ein Fall für das Krankenhaus oder dem Arzt in der Portalpraxis ist. Auf diesem Wege könnte man die überfüllten Notaufnahmen entlasten damit diese sich um die schweren Fälle kümmern können. Auch bei uns in Bergedorf gab es aufgrund der schlechteren medizinischen Versorgung durch Patientenaufnahmestopps erhöhte Fallzahlen gerade auch im Bereich der Gynäkologie. Wir wollten die Möglichkeit nutzen, um unser Krankenhaus zu entlasten und haben Anträge gestellt in denen wir eine Portalpraxis am Bethesda Krankenhaus gefordert haben. Nachdem ersten Antrag bekommen wir die lapidare Mitteilung der KV Hamburg sie verstehen unser Anliegen nicht. Daraufhin haben wir einen Antrag gestellt in einer Arbeitsgruppe das weitere Vorgehen zu beraten welche Möglichkeiten es gibt eine Portalpraxis am Standort Bergedorf zu bekommen. Wir haben über den Leiter des Gesundheitsamtes versucht den Kontakt zu Herrn Plassmann dem KV Vorsitzenden zu suchen.

Uns wurde mitgeteilt, dass man erst die Pilotphase am AK Harburg abwarten wolle, bevor neue Standorte festgelegt werden. Am Ende hat uns die KV übergeben mit der Entscheidung die Portalpraxis am St. Adolfstift in Reinbek zu eröffnen - obwohl das Bethesda alle Voraussetzungen erfüllt. Aber in dieser Sache ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

2016 hatte sich außerdem ein Gynäkologe aus Bayern bei uns gemeldet, der gerne in Bergedorf praktizieren wollen würde. Er hatte einen Sonderbedarfsantrag gestellt wir haben ihm unsere Unterstützung zugesichert. Nach längerer Zeit wurde der Sonderbedarfsantrag vom KV Zulassungsausschuss abgelehnt, obwohl es kaum ne Praxis gibt die noch Patientinnen aufnimmt. Mal sehen wie sich das durch die Maßnahme der Groko entwickelt die Praxissprechzeiten auszuweiten auf 25 Stunden statt wie bisher 20 Std.

Wohn-Pflege-Aufsicht (WPA)

Der rot grüne Senat hatte im Koalitionsvertrag beschlossen, dass die bezirklichen Wohn Pflegeaufsichten zukünftig in Altona zentralisiert werden sollten. In den Beratungen des Fachausschusses kam heraus, dass die beiden Mitarbeiterinnen der WPA mehr mit der Überprüfung von Beschwerden seitens der Bewohner oder Angehörige beschäftigt waren (anlassbezogene Prüfungen) als die eigentlich vorgeschriebenen Regelüberprüfungen durchzuführen. Wir sind fachlich der Meinung, dass diese Stellen nicht aus dem Bezirk wegfallen dürfen. Die Gesundheitsbehörde hat dann begonnen alle bezirklichen WPAs zu überprüfen und am Ende der Untersuchungen haben sie vor einigen Monaten eine Neustrukturierung beschlossen. Bergedorf behält seine Wohn-Pflege-Aufsicht und die beiden Mitarbeiterinnen (leider wurden die Stellen nicht aufgestockt). Die Kolleginnen werden aber entlastet durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen, der zukünftig die Regelbegehungen macht und größere Pflegedienste auch nicht mehr vom Bezirk aus geprüft werden. Diese Neustrukturierung läuft jetzt an und wir werden uns berichten lassen ob diese Struktur fachlich geeignet ist.

Simone Gündüz
Katja Kramer